Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis: monatlich Mark 90.— durch die Austräger frei ins Haus; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 80.—, monatlich Mark 90.—.
Anzeigenpreis (einschließl. Anzeigensteuer): im Amtsblattbezirk der Raum der 1sp. Colonelzeile 4.— Mk., auswärts 5.— Mk., im amtlichen Teil die halbe Zeile 16.— Mk., auswärts 20.— Mk., im Reklameteil die Petitzeile 15.— Mk., auswärts 17.— Mk.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12295.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Löhnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und des Amtsgerichts zu Aue.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 91, Löhnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 16, Schwarzenberg 19. Drahtanschrift: Volksfreund Erzgebirge.

Anzeigen-Annahme: Für die am Erscheinungstage erscheinende Nummer die vormittags 9 Uhr in den Geschäftsstellen. Ohne Gewähr für das Erscheinen der Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen sowie an bestimmter Stelle oder in bestimmten Ausgaben. — Für Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke übernimmt die Geschäftsstelle keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungseinzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht bewilligt.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Löhnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 146. Sonntag, den 25. Juni 1922. 75. Jahrg.

Aue. Der I. Nachtrag zum Ortsgesetz für die Städtische Gewerbeschule in Aue, der die Genehmigung des Wirtschaftsministeriums gefunden hat, liegt 14 Tage lang zur Einsichtnahme in der Ratshauptkanzlei — Stadthaus, Zimmer 13 — aus.
Aue, den 22. Juni 1922. Der Rat der Stadt.

Schwarzenberg. Sandpreise.

Die Preise des Sandes aus der städtischen Grube neben der Realschule werden wie folgt neu festgesetzt: für durchgeworfenen Sand 180.— Mark, für undurchgeworfenen Sand 130.— Mark.
Schwarzenberg, am 23. Juni 1922. Der Rat der Stadt. — Stadtbauamt. —

Bockau. Hühnerhund (Hündin)

zugelaufen. Farbe braun, grau gefleckt. Abzuholen im Gemeindeamt innerhalb drei Tagen gegen Erstattung der Kosten.

Holzversteigerung. Raschauer Staatsforstrevier.

Gasthof „Schweizerhof" in Mittweida-Markersbach,
Freitag, den 30. Juni 1922, vormittags 1/2 12 Uhr:
836 Klötze 7—15 cm, 2044 Klötze 16—48 cm, 4,5 rm Nutzknüppel. Einzelhölzer in Abteilungen 4, 52, 55. Kahlschläge in Abt. 60 und 64.
Staatsforstrevierverwaltung Raschau. Forstrentamt Schwarzenberg.

Unterhaltungsgenossenschaft für die Große Bockau.

Der auf die Jahre 1922 bis mit 1924 gewählte Vorstand setzt sich aus folgenden Herren zusammen: 413 f. 22.
Forstmeister Jordan, Wildenthal, 1. Vorsitzender; Kommerzienrat Toelle, Blauenthal; Kommerzienrat Bretschneider, Wolfsgrün; Schmiedemeister Vogel, Wildenthal; Rechtsanwalt Haßkuhler, Eibenstock; außerdem für jeden der Herren noch zwei Stellvertreter.
Die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, am 22. Juni 1922.

Versteigerung.

Dienstag, den 26. Juni, nachmittag 2 Uhr, sollen in Niederschlema
1 Schreibmaschine „Mercur" und 90 Stück große Kistengestelle
meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.
Bieter sammeln sich im Restaurant Centralhalle, Niederschlema.
Schneeberg, 24. Juni 1922. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes" in Aue, Schneeberg, Löhnitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

Streiflichter.

—l. Wenn man ein Bild von der Zerfahrenheit unserer Zeit gewinnen will, so braucht man nur die Berichte über den 11. Deutschen Gewerkschaftskongreß zu lesen, zu dem sich in dieser Woche die Vertreter der sogen. freien Gewerkschaften in Leipzig versammelt hatten. Er bestand in einem Redekampf aller gegen alle. Die Politik, die statutengemäß aus der Gewerkschaftsbewegung ausgeschlossen sein soll, beherrschte die Verhandlungen vollständig. Die Anhänger der M. S. P., U. S. P. D. und K. P. D. bekämpften sich gegenseitig bis aufs Messer. Wer gehofft hatte, daß von den großen Arbeiterorganisationen einmal die Rettung Deutschlands kommen könnte, dürfte bei dem Lesen des Berichts völlig geheilt worden sein. Es zeigte sich auch hier, daß die Gewerkschaften in ihrer heutigen Verfassung nicht geeignet sind, die Führung bei dem Wiederaufbau Deutschlands zu übernehmen. Die Gewerkschaften wissen selbst nicht recht, was sie wollen, das ist der Gesamteindruck der Verhandlungen. Schließlich fand man sich immer wieder bei dem absolut untauglichen Mittel des Klassenkampfgedankens zusammen, ohne daß man sagen konnte, was dann hinterher kommen soll.

•

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns fand als Vertreter der Regierung vernünftige Worte. Er redete dem Wirtschaftsfrieden das Wort, auch dürfe der Zwang zur Gewerkschaft keinesfalls zu einer Vergewaltigung auf dem Gebiete der Weltanschauung werden. Herrn Brauns hat wahrscheinlich die Lektüre verschiedener Gewerkschaftsblätter mit Sorge erfüllt, in denen tatsächlich die gewerkschaftlichen Gedankengänge von den politischen überwuchert werden. Ueberaus bedenklich, so meinte er weiter, erscheine eine gewisse Einbuße in der Autorität der Führung, wodurch alle Verhandlungen über Arbeits- und Lohnfragen außerordentlich erschwert würden. Hier habe man es mit einer Ueberspannung des demokratischen Gedankens zu tun. Das ist eine zarte Umschreibung der Disziplinlosigkeit, die tatsächlich in hohem Maße besteht. Die Führer führen schon lange nicht mehr, sie werden geschoben. Das muß schließlich, wie Hr. Brauns auch richtig ahnt, zu einem Verfall der Gewerkschaftsbewegung führen, der — wie die Dinge einmal liegen — unheilvolle Wirkungen für die Allgemeinheit haben muß.

•

Daß der sächsische Arbeitsminister zugleich im Namen des Wirtschaftsministers ungefähr den gegensätzlichen Standpunkt wie sein Kollege aus dem Reiche vertrat, ist bei dem Klassenkampfcharakter der sächsischen Regierung nicht verwunderlich. Auch der Reichswirtschaftsminister Schmidt buhlte mit radikalen Ausführungen um die Gunst der Massen. Hr. Schmidt hat bisher nicht den Beweis erbringen können, von wirtschaftlichen Dingen etwas zu verstehen. Seine letzte große Reichstagsrede, die er dann bei der Eröffnung der Dresdener Jahresschau wiederholte, bewies, daß ihm die Zusammenhänge der Volkswirtschaft völlig unbekannt sind. Im Übrigen hat man ihn im Reichstag sowohl als in Dresden reden lassen, ohne daß jemand recht auf ihn hörte. Es ist tief bedauerlich, daß das parlamentarische System einen solchen Mann auf einen der wichtigsten Posten im Reiche stellt.

•

Man wird den Demagogen unter den Arbeitern das Wort des Delegierten der Fabrikarbeiter, Brey-Hannover, entgegenhalten können: „Wie es ein Verbrechen ist, einen Seefahrer bei Sturm und Wetter mit falschen Karten hinauszuschicken, so ist es auch ein Verbrechen, wenn man mit falschen Mitteln das Proletariat in den Kampf schickt". Dieses Verbrechens machen sich heute zahlreiche sog. Führer schuldig. Es vergeht gerade jetzt kein Tag, wo nicht in der unverantwortlichsten Weise die Arbeiterschaft zum „Kampf mit allen Mitteln" aufgerufen wird. Auf dem Gewerkschaftskongreß prägte der Kommunist Walcher den bezeichnenden Satz: „Wer den kommenden Krieg verhindern will, der muß den Klassenkampf praktisch betätigen, der muß zum Bürgerkriege rüsten.

Niemand weiß, wie solch ein Kampf ablaufen wird, zweifellos aber, daß er die Macht- und Rechtlosigkeit Deutschlands auf lange Zeit herbeiführen wird. Frankreich wartet nur auf den Augenblick, in dem die Deutschen das Reich, das die Feinde nicht zerstören konnten, selbst zertrümmern werden. Daß die deutsche Arbeiterschaft dann der am meisten leidtragende Teil sein wird, ist gewiß. Und wenn ihr der Vertreter der französischen Gewerkschaften, Jouhaux, auch noch so temperamentvoll das Lied der internationalen Solidarität des Proletariats vormalt. In England sind die Gewerkschaften zerschlagen und in Frankreich sind sie von jeher ohne Bedeutung gewesen. Weder sie noch die Bolschewisten, die gerade die deutschen Verteidiger der angeklagten Menschewisten mit Schimpf und Schande über die Grenze gejagt haben, können dem deutschen Arbeiter helfen.

•

Die ausländische Einmischung in unsere innerdeutschen Verhältnisse ist unerträglich. Es ist eine Dreistigkeit, wenn der Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes, Fimmen, gelegentlich seines Aufenthaltes in Leipzig erklärt, „in weiten Kreisen der ausländischen Politiker werde die Entwicklung in Deutschland mit starken Befürchtungen verfolgt, hauptsächlich wegen des immer stärker anschwellenden Auftretens der Monarchisten und der fortgesetzten Klassenurteile. Daß die deutsche Arbeiterschaft derart unerhörte Zustände ertrage, sei dem Auslande gänzlich unfaßbar". Es ist Sache des Taktes und Geschmackes, wenn die unabhängige „Leipziger Volkszeitung" diese schwülstigen Anmaßungen abdruckt. Der anständige Deutsche muß sie sich energisch verbitten. Herr Fimmen hätte es in keinem anderen Lande wagen können, sich so zu äußern. Den Deutschen glaubt man aber alles bieten zu können. Zugleich illustriert die Aeußerung die verderbliche Wirkung der Hetze linksradikaler Zeitungen. Das Ausland bekommt durch die lügenhaften Darstellungen ein durchaus falsches Bild von Deutschland. Es ist dies ein Gegenstück zu der zersetzenden Wirkung der Simplizissimusbilder und -„witze" der Vorkriegszeit, an denen der Ausländer damals sein Urteil über Deutschland bildete.

• • •

Gewerkschaftskongreß und Zentralarbeitsgemeinschaft.

In der Freitagsitzung des 11. Deutschen Gewerkschaftskongreß in Leipzig beantragte Dißmann-Stuttgart (Metallarb.-Bdd.) den **Austritt des Bundes aus der Zentralarbeitsgemeinschaft.** Bei der Abstimmung ergab sich, daß nach der Zahl der Delegierten, die für den Antrag gestimmt hatten, seine **Annahme erfolgt** sein mußte, wenn auch die nötige Zahl der Mitglieder hinter diesen Delegierten standen. Dieses war aber **nicht** der Fall. Wie der Vorsitzende mitteilte, haben zwar 345 Delegierte für den Austritt aus der Reichsarbeitsgemeinschaft gestimmt, diese vertreten aber nur 3 582 492 Mitglieder. Dagegen haben 327 Delegierte dagegen gestimmt, die 3 803 238 Mitglieder vertreten. Nicht abgestimmt haben 18 Delegierte mit 189 200 Stimmen. Somit ist die Reichsarbeitsgemeinschaft vorläufig **nicht** aufgelöst. Der Vorsitzende erklärte ironisch, daß der Bundesvorstand mit diesem Resultat „nichts anfangen" könne.

Es wird alles abgelehnt.

Berlin, 23. Juni. Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft setzte die Beratung des Gesetzentwurfes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 fort. Nachdem der gestern eingesetzte Unterausschuß zu keinem bestimmten Ergebnis über die Preisfrage, die Höhe des Lieferungssolls und des Umlagebetrages gekommen war, wurde der Antrag der Rechten auf Ablehnung des Umlageverfahrens und Einführung der freien Wirtschaft mit 10 gegen 10 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen **abgelehnt.** Ein Antrag der sozialdemokratischen Parteien, betreffend Erhöhung der Umlage auf 4½ Millionen, wurde **abgelehnt,** ebenso ein Antrag der Rechten auf 1½ Millionen und ein Antrag Dr. Hein auf 2 Millionen Tonnen, **schließlich auch die Regierungsvorlage.** Sämtliche Ablehnungen erfolgten mit Stimmengleichheit 11 : 11 unter Stimmenthaltung der Mitglieder des Zentrums und der Demokraten.

Hierauf beantragten die sozialdemokratischen Parteien Vertagung des Ausschusses, um in Verhandlung mit der Regierung einzutreten. Keppler (Soz.) erklärte, daß seine Partei gegenwärtig sich nicht an der Weiterberatung beteiligen werde. Herz (Unabh.) betonte, daß sowohl die Preisfrage wie die Mengenfrage geregelt werden müßten. Wenn die [illegible] Regierungsparteien, Zentrum und Demokraten, sich an der Abstimmung nicht beteiligten, würden die weiteren Beratungen wertlos.

Ausweisung in Oberschlesien.

Sofort nach ihrem Einzuge in Ost-Oberschlesien haben die Polen ihre Verbannungsliste hervorgeholt. Als einer der erst : ist, wie wir hören, der bisherige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Geheimer Sanitätsrat Dr. Hartmann, der seit Jahrzehnten Knappschaftsarzt in Königshütte ist, ausgewiesen worden. Er hat bis zum 1. Juli mit samt seiner Familie Polnisch-Oberschlesien zu verlassen.

Mordbuben an der memelländisch-litauischen Grenze.

Memel, 23. Juni. Zwischen Schloden und Litauisch-Krottingen an der memelländisch-litauischen Grenze tauchte eine **fünfzigköpfige kommunistische Räuberbande** auf, welche sämtliche Besitzungen der Umgegend niederbrannte und die Einwohner ermordete. Da es der Polizei nicht gelang, die im Walde gut verschanzten Räuber auszuheben, wurde litauisches Militär aufgeboten, das den Wald absuchte und die Räuber in einer regelrechten Schlacht überwältigte. Die Räuber flüchteten nach Lettland. 23 Mann konnten gefangen genommen werden, drei weitere Räuber wurden bei einem Fluchtversuch erschossen. Die über die litauische Grenze entkommenen Räuber verschanzten sich in den Wäldern Südwestkurlands, wo sie ihr Mordhandwerk fortsetzten. Von Libau ging schließlich ein lettischer Militärzug ab. Man hofft nun, durch Umzingelung der Bande habhaft zu werden.

Ein deutliches Wink.

Paris, 23. Juni. Der Washingtoner Berichterstatter der „Chicago Tribune" meldet: Das ständige **Zögern der alliierten Regierungen,** in Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten bezüglich der Schuldenfrage einzutreten, verursacht den offiziellen amerikanischen Persönlichkeiten **großes Unbehagen,** wenn sie auch politisches Stillschweigen beobachten. Bisher hat keiner der Schuldnerstaaten eine Kommission nach Washington geschickt, um mit der für diese Frage geschaffenen amerikanischen Kommission zu beraten, obwohl bereits über zwei Monate vergangen sind, seitdem Staatssekretär Hughes die Einladungen absandte. Die amerikanische Kommission wartet geduldig auf die Ankunft der ausländischen Sachverständigen. Ursprünglich wurde mitgeteilt, die Engländer würden Mitte April die Verhandlungen beginnen; bald darauf hat man erklärt, die britischen Finanzsachverständigen seien durch die Genueser Konferenz in Anspruch genommen. Nach Abschluß der Genueser Konferenz hat die amerikanische Regierung geglaubt, die britische und die französische Delegation würde nunmehr unverzüglich nach Amerika kommen. Aber jetzt hat die Haager Konferenz begonnen, und sie kann vielleicht Wochen dauern. Eine Behandlung der Frage durch diplomatische Kommissionen würde die amerikanische Kommission nicht befriedigen, die gebildet wurde, um mit ähnlichen Kommissionen der Schuldnerstaaten zu verhandeln.

Zur Ermordung General Wilsons.

London, 23. Juni. Liberale Kreise sehen in der Ermordung Wilsons nur das letzte Glied einer blutigen Vendetta, welche seit Wochen in Belfast wütet, befürchten aber angesichts der öffentlichen Aufregung, daß der Mord **ernste politische Folgen** haben werde. In England droht Lloyd Georges Stellung erschüttert zu werden und in Irland Entfesselung eines Religionskrieges. „Morningpost" sucht den Mord bereits mit allen Mitteln gegen die Regierung auszuschlachten. Wilson hat seit der Ernennung zum militärischen Beirat der Belfaster Regierung eine Reihe von Drohbriefen erhalten, wie sie auch anderen Abgeordneten zugingen. Wilson war einer der ersten Befürworter eines **Krieges gegen Deutschland** an seiten Frankreichs und hat am 1. August 1914 eine entscheidende Rolle in diesem Sinne gespielt.

Verfassungsänderung in Sowjetrußland.

Königsberg, 23. Juni. Aus Moskau wird berichtet: Der russische Vertreter in Berlin Krestinski hat der Rätteregierung einen ausführlichen Bericht über die außenpolitische Lage erstattet. Krestinski wies nach, daß die öffentliche Meinung in Deutschland dem heutigen Regime in Rußland durchaus ablehnend gegenüberstehe. Es sei keine Aussicht vorhanden, daß die große Mehrheit des Volkes in absehbarer Zeit sich mit dem Rätteregime in seiner heutigen Form befreunden könnte. Nicht nur das Bürgertum, sondern auch die große Mehrheit der Arbeiter in Westeuropa mißtrauten der Kremlregierung. Die russischen Vertreter im Ausland können infolgedessen **keine ersprießliche Arbeit** leisten.

Der Bericht des Berliner Vertreters des Kremls hat in den Kreisen der Rätteregierung großes Aufsehen erregt. Im Rate der Volkskommissare erklärten zwei Volksbeauftragte, eine Revision der bolschewistischen Verfassung und ihre Anpassung an westeuropäische Formen würden nicht zu umgehen sein. Die Reformen müßten vor allen Dingen die Stellung und die Aufgaben der allrussischen Zentralexekutive wie der Räte der Volkskommissare berühren. Nach dem Vorschlage Ossinskis soll die allrussische Zentralexekutive künftig die Aufgaben der westeuropäischen Parlamente übernehmen, und der Sowjet (Rat der Volkskommissare), der die eigentliche Regierung repräsentiere, die Funktion der westeuropäischen Ministerkabinette ausüben. Die Legislative und die Exekutive sollen also streng voneinander geschieden werden. Der Rat der Volkskommissare trägt gegenüber der Zentralexekutive die Verantwortung für die gesamte Ausführung der Gesetze. Der Vorsitzende der Zentralexekutive, Kalinin, soll ohne die Mitwirkung